

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at

Nr. 2, Juni 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Arbeitszeitflexibilisierung:

Länger arbeiten, weniger verdienen

„Die Sozialpartnerschaft lebt“, so verkündeten wieder einmal ÖGB-Chef Hundstorfer und Wirtschaftskammerchef Leitl. Jetziger Anlass: die Einigung zur Arbeitszeitflexibilisierung. Immer wenn dieser Jubelruf ertönt, wissen die arbeitenden Menschen, dass Feuer am Dach ist. Und wie schaut sie aus die Neuregelung des Arbeitszeitgesetzes ab 2008? Die Unternehmen werden es erheblich leichter haben, die Arbeitszeiten legal auszuweiten. Die Betonung liegt auf legal, denn schon jetzt haben sich die Unternehmer immer weniger an die geltenden Gesetze bei Arbeitszeit und Überstundenbezahlung gehalten. Statt dass die Gewerkschaft endlich die Einhaltung der Gesetze fordert und dafür Druck macht, oder den noch immer gültigen ÖGB-Beschluss nach einer 35-Stunden-Woche umsetzt, gibt sie der Industrie weiter nach. Ihr Vertreter in der Regierung freut sich auch und interpretiert die Vereinbarung gleich noch freizügiger: "Wenn sich Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter der jeweiligen Branchen darauf einigen, sind auch dann Zwölf-Stunden Schichten möglich, wenn man keine wirtschaftliche Notwendigkeit nachweist." (Die Presse, 3.5.07) Hier wird dem Willen der Unternehmer völlig nachgegeben und der Ausbeutung der arbeitenden Menschen noch mehr Tür und Tor geöffnet. Und für das Unternehmerblatt ist auch klar: „ab 2008 werden weniger Überstunden ausbezahlt und vermehrt über freie Tage abgegolten werden“ (Die Presse, 26.4.07).

Und das ist vorgesehen:

(fett gedruckt die Sozialpartnereinigung. Quelle: ÖGB-Nachrichtendienst Nr. 3330 – 24. Mai 2007; darunter unser Kurzkomentar):

Anhebung der täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeitgrenzen (12/60) durch Ausweitung der bestehenden Regelung des § 7 Abs. 4 AZG (Ausweitung der maximalen 12 Wochen auf bis zu 24 Wochen – 3 mal 8, dazwischen jeweils zumindest 2 Wochen keine zusätzlichen Überstunden); Öffnung auch für schriftliche Einzelvereinbarungen in Betrieben ohne Betriebsrat bei arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeit).

Unser Kommentar:

Damit werden die Beschäftigten noch mehr der Willkür der Unternehmer ausgesetzt. Schon jetzt wurden Überstunden oft nicht ausbezahlt. Es wird legalisiert und liberalisiert was bisher Gesetz und ein gewisser Schutz für die arbeitenden Menschen war.

12-Stunden-Schichten durch Kollektivvertrag bei arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeit Kollektivvertragliche Gestaltungsmöglichkeiten:

Generelle Ermächtigung an den Kollektivvertrag, die tägliche Normalarbeitszeit auf bis zu 10 Stunden anzuheben.

Unser Kommentar:

Schon jetzt weiß man, dass Schichtarbeit, umso mehr 12-Stunden-Schichten, ungesund und lebensverkürzend sind. Warum wohl haben unsere Vorfahren für eine menschliche Regelung und für den gesetzlichen 8-Stunden-Tag gekämpft? Jetzt soll es über Kollektivvertrag (KV) „Gestaltungsmöglichkeit“ im obigen Sinne geben. So wie bisher die ÖGB-Spitzen bei Verhandlungen den Unternehmern immer mehr entgegen gekommen sind, ist das Schlimmste zu befürchten. Was die „arbeitsmedizinische Unbedenklichkeit“ betrifft, ist dieser Passus zum Krenreiben. Da verhält es sich so wie mit den zahnlos gemachten Arbeitsinspektoraten. Wer sich aufregt kann wahrscheinlich gleich gehen. Die Angst um dem Verlust des Arbeitsplatzes soll in Zukunft die Menschen noch gefügiger machen. Die ÖGB-Spitze hat mit dieser „Einigung“ selbst das Tor dazu geöffnet. Sie macht sich somit mitschuldig am steigenden Leid der arbeitenden Menschen.

Die Betriebsebene soll immer dann zur Regelung ermächtigt sein, wenn auf ArbeitgeberInnen-Seite keine kollektivvertragsfähige Interessenvertretung besteht.

Unser Kommentar: Der Druck auf die einzelnen Betriebsräte steigt. Der kollektive Schutz durch Gewerkschaften wird durch die Abgabe der Regelung auf Betriebsebene gemindert, denn dort sind die Betriebsräte dem direkten Druck der Unternehmer einzeln ausgesetzt.

Flexiblere Gleitzeit: Anhebung der täglichen Normalarbeitszeitgrenze bei Gleitzeit auf 10 Stunden.

Unser Kommentar: De facto Ende des blutig erkämpften 8-Stunden-Tages. Unternehmen können Beschäftigte

leichter einteilen wie sie wollen (KAPOVAZ - kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) und Unmengen an Kosten ersparen.

4-Tage-Woche: Das Arbeitszeitgesetz soll – auch für nicht zusammenhängende Tage – eine 4-Tage-Woche (4 mal 10 Stunden) durch Betriebsvereinbarung, in Betrieben ohne Betriebsrat durch Einzelvereinbarung, zulassen.

Unser Kommentar: Der Druck auf die Betriebsräte steigt, die gewerkschaftliche Solidargemeinschaft ist durchbrochen. Das kommt einer Selbsterstörung gleich. Beschäftigte ohne gewerkschaftliche oder betriebsrätliche Vertretung sind durch die Zulassung von Einzelvereinbarungen in diesem Bereich völlig der Willkür der Unternehmer ausgesetzt. Und das mit dem Segen des ÖGB.

Einarbeiten durch regelmäßige Mehrarbeit in Verbindung mit Feiertagen: Einarbeitungszeitraum grundsätzlich 13 (statt 7) Wochen, tägliche Normalarbeitszeit bis 10 Stunden.

Unser Kommentar: Der Druck auf Belegschaften und Betriebsräte steigt. Verlust von Überstundenzuschlägen für die ArbeitnehmerInnen.

25 Prozent Zuschlag für Teilzeitkräfte bei Mehrarbeit. Falls zuschlagsfreie Mehrstunden für Vollzeitbeschäftigte vorgesehen sind (bei kollektivvertraglicher Arbeitszeitverkürzung), gilt ein zuschlagsfreier Puffer im selben Ausmaß auch für Teilzeitbeschäftigung. Der Zuschlag entfällt, wenn Mehrstunden innerhalb eines Quartals ausgeglichen werden.

Unser Kommentar: Klingt gut, wird aber in den meisten Fällen durch die Durchrechnung von 3 Monaten kaum Wirkung zeigen. Selbst der ÖGB kommt in seinem oben zitierten Nachrichtendienst bei seinen 2 vorgerechneten Beispielen auf einen Mehrverdienst von einmal 13 Euro (Beispiel Handelsangestellter) und zum anderen von 19 Euro (Beispiel Kellner) im Monat. Im Gegenzug ersparen sich die Unternehmer durch die weitere Flexibilisierung bei den Vollzeitarbeitskräften enorme Summen.

Strafen: betrug bisher die Höchststrafe bei Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz 436 Euro, so macht sie in Zukunft bis zu 3.600 Euro aus. Ansprüche der ArbeitnehmerInnen verfallen nicht .

Unser Kommentar: Gut, aber die Unternehmer haben dafür viel mehr Spielraum als bisher bekommen. Das, was sie sich durch die Flexibilisierung ersparen, ermöglicht ihnen allfällige Strafen nach wie vor aus der „Portokasse“ zu bezahlen.

Durchrechnungszeitraum (DRZ) von bis zu einem Jahr, längerer DRZ nur per Kollektivvertrag. Einarbeitungszeitraum von 7 Wochen wurde auf 13 Wochen verlängert.

Unser Kommentar: Das bedeutet KAPOVAZ , die von der Gewerkschaft bisher immer abgelehnt wurde.

Arbeitszeitregelungen wie bisher durch Kollektivvertrag, KV kann Betriebsvereinbarung dazu

ermächtigen. Nicht mehr nur per KV, sondern auch Betriebsvereinbarungen können bei Gleitzeit 10 Stunden Normalarbeitszeit zulassen. Flexibilisierung der Lage der Wochenendruhe im Schichtbetrieb. 4-Tage-Woche konnte bisher nur mit KV zugelassen werden, in Zukunft auch nur durch Betriebsvereinbarung.

Unser Kommentar: Der Druck auf die Betriebsräte steigt, die gewerkschaftliche Solidargemeinschaft ist durchbrochen. Kollektivverträge werden dadurch immer mehr durchlöchert, die Bürde via Betriebsvereinbarungen Arbeitszeitregelungen zu treffen, auf die unmittelbaren Belegschaftsvertreter abgewälzt. Um im Lichte der „Sozialpartnerschaft gut dazustehen, ist der ÖGB einseitig den Unternehmern entgegen gekommen.

Zuerst hat der ÖGB mit dem BAWAG-Verkauf das Mitgliedsvermögen von – über die Jahrzehnte gesehen – Millionen von arbeitenden Menschen, ohne diese zu fragen, an die Kapitalisten (Cerberus = Höllenhund)) verkauft, jetzt werden mit Hilfe des ÖGB unter dem Deckmantel der „Sozialpartnerschaft“ die arbeitenden Menschen mehr und mehr mit Haut und Haar an die Unternehmer ausgeliefert. Jetzt weiß man, warum rund um den BAWAG-Skandal trotz allem sogar die Blau-Schwarzen dem ÖGB die Stange hielten: Solange es so einen ÖGB gibt, der den Unternehmern in die Hände arbeitet, so lange ist das ein guter, d.h. brauchbarer ÖGB für die Unternehmer. Und die haben sich wohl gedacht: Besser ein ÖGB an Kapitalisten-Leine als kein ÖGB und dafür rebellische arbeitende Menschen, die selbst für ihre Interessen eintreten und dann unkontrollierbar werden.

Im Windschatten

Gleich vorweg:

Rauchen gefährdet die Gesundheit

Rauchen ist für Nichtraucher eine Zumutung

Rauchen gefährdet die Gesundheit der Nichtraucher

An wohl niemandem ist die inzwischen europaweite Anti-Rauchkampagne vorbei gegangen. Ja, unsere Regierungen tun etwas für die Volksgesundheit! Tun sie es wirklich?

Wir wollen die eingangs angeführten Argumente keineswegs in Abrede stellen – aber auch noch einen Schritt weiter denken: Was gefährdet denn noch unsere Gesundheit:

- Belastungen durch den Transitverkehr
- ständig zunehmender Stress durch vermehrte Arbeitsbelastung (für die, die Arbeit haben)
- Einsparungen im Gesundheitssystem
- Stress durch Angst um den Arbeitsplatz
- Stress durch prekäre Arbeitsverhältnisse
- Stress durch Arbeitslosigkeit

Das Ausmaß der Aufregung über diese gesundheitsschädlichen Faktoren hält sich wahrlich in Grenzen bzw. ist nicht zu vernehmen. Im Gegenteil, diese Belastungen werden von der Politik im Interesse des Kapitals exekutiert.

Vielleicht sollte man die Nichtraucherdebatte auch ein bisschen mehr aus diesem Blickwinkel sehen, denn diese janusköpfige Politik ist kein Zufall. Das Motto heißt: Spalte und mache im Windschatten stürmischer Debatten weiter mit einer menschenverachtenden Politik.

Manchmal hat man den Eindruck, diese Rechnung geht auf. Es gibt einen Sündenbock, auf dem man seinen Frust abladen kann. Ganze Belegschaften zerstreiten sich, der Gegner sitzt nicht mehr in der Chefetage, sondern im Raucher- bzw. Nichtraucherzimmer. Dabei wird vergessen zu fragen, warum Raucher beim Entzug nicht wirklich unterstützt werden. Warum werden teure Nikotinersatzpräparate und Tabletten nicht von den Kassen bezahlt? Meint es unsere Regierung wirklich ernst?

Ginge es wirklich ausschließlich um die Gesundheit der Bevölkerung, gäbe es ein breites Betätigungsfeld. Hat man je schon von der Erkenntnis gehört, dass ein

halbstündiger Mittagsschlaf das Herzinfarkttrisiko bedeutend verringert? Oder hat man davon gehört, dass man dieser Erkenntnis auch durch praktische Maßnahmen Rechnung trägt? Strikte Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen und Einhaltung menschenwürdiger Arbeitszeiten wären Maßnahmen, die unsere physische und psychische Gesundheit wesentlich zum positiven beeinflussen würden. Warum machen sich die Regierungen nicht dafür stark? Die Antwort liegt auf der Hand: Sie hätten ein massives Problem mit Unternehmern und Konzernleitungen. Vor diesen Herrschaften gehen sie in die Knie; wie bei der neuen Arbeitszeitflexibilisierung (siehe dazu eigener Artikel an anderer Stelle dieser Aussendung).

Wir aber wollen das nicht. Wir wollen uns nicht spalten lassen, weder in Raucher und Nichtraucher, noch in Tüchtige und Sozialschmarotzer. Wir wollen solidarisch sein, nach gemeinsamen Lösungen suchen und diese kraftvoll umsetzen!

„Geht's der Wirtschaft gut, geht's den Menschen gut“?

Das ist der Slogan der Wirtschaft, der verschleiern soll, dass die Wirklichkeit gerade umgekehrt aussieht. Während die Unternehmen Gewinne wie noch nie zuvor schreiben, zahlt die Allgemeinheit drauf. Zwei Beispiele: Der Rückstand nicht abgeführter Sozialversicherungs =

beiträge ist 2006 auf den Rekordwert von 934 Millionen Euro gestiegen. (Wiener Zeitung 9.5.07) Die Steuerschulden der Firmen beim Staat belaufen sich 2006 in Summe auf 1,45 Milliarden Euro! (Die Presse, 15.5.07)

AKW – „sicher und billig“?

Mit dieser Propagandawalze wollte man schon in den 1970er Jahren den Bau von AKWs rechtfertigen. Das hat sich bis heute nicht geändert. Was sich geändert hat ist, dass es in der Zwischenzeit eine ganze Reihe von GAUs (größter anzunehmende Unfall) und Super-GAUs gegeben hat, die allerdings nach Meinung der Atom-„Experten“ nie stattfinden hätten dürfen. So viel zu deren Glaubwürdigkeit. Und immer öfter tritt zu Tage, was die Atomgegner seit Jahr und Tag sagen: AKW sind teuer, und es gibt sie nur, weil die AKW-Wirtschaft, staatlich hoch subventioniert ist. So brachte schon im Jahr 2000 eine US-Studie hervor, dass seit

der Nachkriegszeit die Kilowattstunde Atomstrom mit 15,3 Cent gefördert wurde. Zum Vergleich: bei Windstrom gab es nur 0,46 Cent je Kilowattstunde. Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzt die Subvention der europäischen Atomwirtschaft im Jahr 2001 auf 2,2 Milliarden Euro. Neben staatlichen Subventionen und Garantien gibt es auch noch eine Haftungsbegrenzung für Atomunfälle auf maximal 700 Millionen Euro. Laut IAEA hat allein die Katastrophe von Tschernobyl bisher Folgekosten von sage und schreibe 13,6 Milliarden Euro verursacht. (Quelle: Die Presse, 31.5.07)

Grüne Privatisierungshandlanger

Nachdem in den 1980er und 90er Jahren die Rot-Schwarzen, dann seit 2000 die Blau-Orange-Schwarzen Regierungen die Privatisierungen auf ihre Fahnen geheftet haben und die Grünen noch dagegen waren, haben nun die Grünen Oberösterreichs zwecks Machterhalt mit VP-Landeshauptmann Pühringer für die Privatisierung der öö. Energie AG gestimmt. Damit

ist auch bei den Grünen die Katze aus dem Sack. Allen Beteuerungen zum Trotz sind auch sie gegen die arbeitenden Menschen und stimmen sogar für den Ausverkauf von Grundversorgungsunter = nehmen. Auch in Bezug auf die Grünen gilt: wir sollen wählen, aber sie machen was sie wollen.

Klimaschutz -Vorwand für Verteuerungen

Kein Geld da?

Wenn debattiert wird, wo das Geld für den Klimaschutz herkommen soll, möge man sich dazu nur beispielhaft einige Fakten vor Augen führen: Die Erdöl- und Automobilkonzerne gehören sowohl zu den größten Verursachern der Treibhausgasemissionen, als

auch zu den größten Profiteuren dieser Umweltverschmutzung. So verzeichneten etwa Exxon-Mobil oder Shell 2006 einen Gewinn von 30 bzw. 25 Milliarden Dollar! Oder: in einem Jahr geben die USA für ihr Militärbudget rund 700 Milliarden Dollar aus. Laut dem UNO-Beauftragten Jean Ziegler kann man für

ca. 100 Milliarden Dollar die Zerstörung der Wälder stoppen, gegen die Bodenerosion ankämpfen, die Ozonschicht schützen, gegen Sauren Regen und die Erwärmung des Planeten kämpfen und alternative Energien entwickeln: „In den 122 Staaten der Dritten Welt steigen die Leichenberge, die Goldberge steigen bei uns.“

Arme Industrie?

Die Industriellenvereinigung lief dagegen Sturm und die Voest drohte mit Investitionsabzug, weil die weitere CO₂-Senkung eine jährliche Mehrbelastung des Stahlkonzerns von 60 Millionen Euro bedeuten würde. Dass da dick aufgetragen wurde, musste sogar „Die Presse“ zugestehen: „Natürlich muss ein hoch profitabler Konzern wie die OMV keinen Termin beim Konkursrichter anmelden, wenn er Emissionszertifikate auf dem freien Markt kaufen muss. Doch die Industrie ist darüber erbost, dass ihre Bemühungen, Energie effizienter einzusetzen, nicht honoriert werden.“

Was steckt hinter dieser beleidigten Haltung? Seit 2005 erhalten in der EU Industrie- und Energieunternehmen von ihren jeweiligen Regierungen kostenlos eine bestimmte Menge an Verschmutzungsrechten. Stoßen die Betriebe mehr Treibhausgase als die zugeteilten Zertifikate wert sind aus, müssen Emissionsrechte zugekauft werden. So sollten energieeffiziente und innovative Betriebe belohnt werden. Tatsächlich aber erhielten die Firmen von den Regierungen mehr Emissionszertifikate zugeteilt als sie verschmutzen. Die Folge: der Preis für eine Tonne CO₂, der 2005 bei 10 Euro und 2006 bei 30 Euro lag, stürzte im März 2007 auf unter einen Euro ab. Da in Zukunft weniger Zertifikate ausgegeben werden, wird geschätzt, dass der Preis 2008 zwischen 15 und 20 Euro liegen wird. Jetzt also, wo die Unternehmen erstmals tatsächlich für die Reduktion der Treibhausgase in die Tasche greifen müssten, kommt das große Jammern von wegen zu teuer und Gefährdung des Standortes und von Arbeitsplätzen. Dabei schreiben die, die es betrifft die höchsten Gewinne aller Zeiten, wie Böhler-Uddeholm, Voestalpine, OMV oder Energiebetriebe wie EVN, Verbund etc. -

Der Mensch ist schuld?

Verfolgt man die Berichterstattung zur Klimaproblematik in den Medien gibt es einen eindeutigen Tenor: Schuld am Klimawandel ist der Mensch. Beispiele gefällig?: „Kaum mehr Zweifel an der Rolle des Menschen“ (Neue Zürcher Zeitung, NZZ Online, 3.2.07), „UNO-Klimabericht: Mensch verursacht Erderwärmung“ (ORF Online, 3.2.07), „Der

neue UNO-Klimabericht stellt die Verantwortung des Menschen für die Erderwärmung in den Vordergrund.“ (Wirtschaftskammer, WKO.at, 7.2.07) Und für den „Kurier“-Leitartikler Alfred Payerleitner ist mit der Erkenntnis, dass an der Erderwärmung der Mensch schuld ist, ein Durchbruch geschafft: „Wegleugnen lässt sich der Humanfaktor nicht mehr.“ (Kurier, 10.4.07)

Soviel Jubel über die eigene Erkenntnis macht stutzig. Zu Recht. Denn die Menschen pauschal zur Ursache des Klimawandels zu machen ist so richtig wie falsch. Der Trick liegt aber darin, dass die Sachlage so dargestellt bzw. kommentiert wird, dass wir alle gleichermaßen an der Klimakatastrophe schuld sein sollen.

Aber es wären nicht die bürgerlichen Medien, würden sie nicht gleich hinten nach einen „Ausweg“ nach dem Geschmack der Wirtschaft skizzieren: „Klimaschutz als Konjunkturmotor“ (Kronen Zeitung, 10.3.07) oder „Der Planet Erde ist zwar eine Art Raumschiff - aber eines, dessen Vorräte mit den Preisen wachsen.“ (Kurier, 10.4.07) Das heißt im Klartext, Schuld ist jeder Einzelne, und wenn der bereit ist, tiefer in die Geldbörse zu greifen, dann – so wird damit verbreitet - kann das Problem gelöst werden. Und so werden fortan im Namen des Klimaschutzes vor allem Maßnahmen diskutiert, die die breite Masse der arbeitenden Menschen finanziell belasten sollen, aber zu keiner Lösung des Grundproblems führen. Sicher kann jeder Einzelne seinen Beitrag leisten, doch auf Produktions- und Wirtschaftsweise hat er derzeit kaum Einfluss. Diese liegt fest in den Händen der Konzerne, von denen sich auch die Politik vermehrt – Stichwort „globalisierte Welt“ - die Hand führen lässt. Worum es im Kern geht, musste zuletzt selbst der sonst so wirtschaftsfreundliche Umweltminister Josef Pröll anerkennen: „Bisher geht es immer nur um den Profit und nicht um die Umwelt, das muss sich ändern.“ (Kronen Zeitung 7.4.07)

Dem ist eigentlich nichts bzw. nur soviel hinzu zu fügen, dass man dann doch endlich die Profiteure in die Pflicht nehmen soll. Dass dazu nicht die arbeitenden Menschen zählen, sollte klar geworden sein. Ebenso, dass diese somit die natürlichen Verbündeten der Politik gegen die zunehmende Willkür der Konzerne wären und nicht die Wirtschaft, die durch Lobbying der Politik „den Kopf verdreht“. Derzeit allerdings wird von den von den Bevölkerungen gewählten Vertretern der Politik willfähriges Verhalten gegenüber den Konzernen an den Tag gelegt. Deren „Geschäft“ erschöpft sich oft nur mehr darin, weitestgehend die Vorteile der Wirtschaft als im Interesse der Bevölkerung gelegen darzulegen und umzusetzen. (Beitrag gekürzt aus: A&W 5/07, W.L.)

EU-Verfassung-NEU?

Deutschland, und im Schlepptau Gusenbauer, der sogar für Angela Merkel nach Warschau knien ging, wollen die EU-Verfassung um jeden Preis durchkriegen. Damit das geht, soll sie nicht mehr Verfassung, sondern Vertrag heißen. Und man will das schnell machen und ohne etwaige Volksabstimmungen in

einzelnen EU-Ländern wie vor zwei Jahren in Frankreich oder den Niederlanden; diese sind bekanntlich gegen die EU-Verfassung ausgegangen. Deshalb will man unter einem anderen Titel die alten Pläne gleichzeitig mit der nächsten EU-Wahl im Jahr 2009 (Mehrheit der EU-27-Länder) durchboxen: weitere Liberalisierung für die

Wirtschaft, Schaffung einer EU-Militärunion, Abbau von sozialen und demokratischen Rechten usw. Man will vom lästigen Einstimmigkeitsprinzip weg, hin zu Mehrheitsbeschlüssen, so dass die Großen über die Kleinen nach Belieben drüberfahren können. Das ist der Grund der Ablehnung durch Polen, aber auch Großbritannien und Tschechien sind dagegen. Für Österreich bedeutet das noch mehr Unterordnung unter die wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft der EU, d.h. für uns konkret Deutschland. Eurofighter, die

Teilnahme an den EU-Schlachttruppen, oder die verpflichtenden Auslandsdeinsätze für österreichische Berufssoldaten, sind da nur ein Vorgeschmack. Das bedeutet unabsehbare Folgen für die Menschen in Österreich. Wir müssten in wirtschaftliche und militärische Krisen der EU oder gar bei Kriegen EU-„solidarisch“ sein, d. h. wieder mitmarschieren. Damit wird die Neutralität abgeschafft. Das will aber die überwältigende Mehrheit der ÖsterreicherInnen nicht!

Sind Kriegsbomber und Neutralität kompatibel?

Nun tritt allmählich zu Tage, was wir schon längst vermutet haben und auch schon in einem unserer letzten Flugblätter zu Ausdruck gebracht haben.

Beim Ankauf der „Abfangjäger“ geht es um weit mehr als um die Überwachung des österreichischen Luftraumes. Denn die bestellten Flugzeuge sind keine Abfangjäger sondern Jagdbomber für kriegerische Einsätze.

Das Verteidigungsministerium hat laut Vertrag Jagdbomber bestellt, obwohl Abfangjäger ausgeschrieben waren. Die US-amerikanischen Lizenzen sind nur dazu da, dass die Abfangjäger auch für kriegerische Einsätze der NATO verwendet werden könnten.

Österreich ist ein Land, das seit mehr als 50 Jahren in keinen militärischen Konflikt involviert war. Dennoch leisten wir uns seit 15 Jahren Abfangjäger, die nie benötigt wurden, nicht einmal während der Slowenien-Krise im Jahr 1991. Die Grenzen der Nachbarländer sind zu nah und der österreichische Luftraum zu klein, um irgendjemanden abzufangen. Das unterstrich kürzlich der sicherheitspolitische Berater des Verteidigungsministers, Oberst Gustenau, indirekt. Er meinte, dass die neuen NATO-Länder im Osten, wie etwa Ungarn, einen Anflug aus dem Osten, der nur fünf bis sechs Minuten dauere - nicht abwehren könnten. Damit ist auch klar, dass Österreich das ebenso nicht könnte.

Wozu braucht Österreich dann Abfangjäger? Daher sind auch Gespräche, die derzeitige SPÖ-Verteidigungsminister über Verringerung der Zahl oder Heraushandeln eines besseren Preises führt, eine Augenauswischerei. Was aber sehr wohl interessant ist, ist die Frage, warum die österreichische Regierung glaubt, Jagdbomber zu brauchen.

Nun, wenn man sich die Politik der letzten 10 Jahre anschaut, dann die liegt die Antwort offen da:

Der Standard schrieb in einem Kommentar (Standard, 19./20. Mai) bezüglich der damaligen Bestellung folgende Zeilen: „ Viel zu wenig beachtet wird bei der Typenentscheidung die Vorstellung von Bundeskanzler

Wolfgang Schüssel und seiner Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, innerhalb kürzester Zeit NATO-Mitglied werden zu können.“ Ein Zufall, dass der Eurofighter genau jene Type ist, die NATO-kompatibel ist?

Und wenn nicht in der NATO, dann sollen wir nach dem Wunsch der Herrschenden zu mindest im Rahmen einer EU-Streitkraft mit dabei sein. Mit dem Ankauf der Eurofighter leistet Österreich damit einen weiteren Beitrag zur EU-Aufrüstung. Den EU-Battle-Groups wurde schon 2005 zugestimmt. Günter Höfler, Kommandant der Streitkräfte des österreichischen Bundesheeres, sagte offen, dass die Eurofighter dazu dienen, für „Kampfeinsätze im europäischen Verbund“ mit einem Einsatzradius „ Westbalkan bis hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und den Kaukasus“ zur Verfügung zu stehen.

Klarer kann man es nicht ausdrücken!

Der Kauf der Abfangjäger bedeutet eindeutig Bruch der Neutralität und ist ein Landesverrat, der von allen Parteien im Parlament mitgetragen wird. Auch die Grünen, die sich im Untersuchungsausschuss so erfolgreich geben, haben bei der Abstimmung über die Eingliederung unseres Landes in das europäische Militärsystem mit gestimmt.

Schöne „Volksvertreter“, die doch dem Wunsch ihrer Wähler Ausdruck verleihen sollten! Man bedenke, dass die Mehrheit der Bevölkerung für die Beibehaltung der Neutralität ist. Die Parlamentarier treten diesen Willen mit Füßen.

Und wer sind die Nutznießer dieser Politik?

In Österreich sind es die Unternehmer, die in den Genuss der Kompensationsgeschäfte kommen und damit ihre Gewinne noch mehr steigern können. Rüstungskonzerne, die von der europäischen Aufrüstung ihre Profite bereits in den letzten Jahren vervielfacht haben und weiter vervielfachen werden. All jene europäischen Konzerne, die sich ihre Exportmärkte und Rohstoffquellen sichern wollen, lachen sich ins Fäustchen.

Für die sollen wir wo möglich unsere Köpfe hinhalten.

Dazu sagen wir ein lautes „Nein!“

Umwelthaftungsgesetz neu

Die Industrie jubelt

Die Wirtschaftskammer jubelt, dass bei diesem Gesetz durch ihr Lobbying elf „Verbesserungen“ durchgesetzt

werden konnten. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit die wichtigsten Punkte:

Sollte ursprünglich der Verursacher eines Umweltschadens in jedem Fall für die Kosten der Sanierung aufkommen, ist dies nun nicht mehr der Fall, wenn die zum Schaden führenden Emissionen oder Tätigkeiten von einer Genehmigung gedeckt sind.

Weiters wird der Betreiber von den Kosten befreit, wenn das schädigende Ereignis zum Zeitpunkt der Tätigkeit nach dem Stand der Wissenschaft und Technik nicht als wahrscheinlich für einen Schadenseintritt angesehen worden ist.

Der Betreiber muss keine finanzielle Rückstellung mehr für eventuelle Schäden vorsehen. Fallen gelassen wurde auch die Beweislastumkehr, nach der der Betreiber im Schadensfall seine Unschuld hätte beweisen müssen. Jetzt muss die Behörde dem Betreiber die Umweltverschmutzung nachweisen.

Wie sich die Wirtschaft durchgesetzt hat, zeigt nicht

nur das an die Öffentlichkeit geratene Jubelschreiben der Wirtschaftskammer, sondern auch die Presseaussendungen von Umweltminister Pröll: Titelten seine Pressereferenten im Februar noch „Haftung für sämtliche Kosten der Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden“, so war das Anfang Mai schon ganz anders: „Bundes-Umwelthaftungsgesetz bringt mehr Rechtssicherheit für Unternehmen“. Und weiter: „Wer alle behördlichen Sicherheitsauflagen erfüllt, für den übernimmt der Staat, sofern es sich nicht um einen Störfall handelt, die Umweltsanierungskosten.“

Diesem neuen Gesetzesentwurf stimmten in der Regierung alle Minister zu. Wegen der Proteste wurde die Gesetzwerdung vorerst auf Herbst verschoben. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

(Quelle: Ökobüro, Ökonews, AK)

AKW-Temelin

Zuletzt haben die Beschimpfungen des tschechischen Außenministers Schwarzenberg gegen österreichische Atomgegner, der diese sinngemäß als Trottel bezeichnete, weil er meinte, dass die Atomgefahr keine sei und es ja egal sei, woran man sterbe, für berechtigte Empörung gesorgt.

Streitpunkt ist, dass das so genannte „Melker Abkommen“, das Sicherheitsauflagen für das AKW vorsieht, aus Sicht der österreichischen Atomgegner bis heute nicht erfüllt ist. Die tschechischen Atombetreiber meinen – trotz bisher über 100 Störfällen, dass Temelin kein Sicherheitsrisiko darstelle. Abgesehen davon, dass man AKW auch durch noch so viele „Sicherheits“-Auflagen nicht sicher machen kann und daher das „Melker Abkommen“ schon eine Augenauswischerei zur Beruhigung der Bevölkerung war, wirft die Auseinandersetzung ein entscheidendes Licht auf die so genannte österreichische „Anti-Atom-Politik“. Österreichs Herrschende haben bis heute das Atom-Nein der eigenen Bevölkerung nur mit Zähneknirschen „akzeptiert“. Die wirklichen Konsequenzen aus dem Nein zu Zwentendorf aber wurden nie gezogen. So steht die AKW-Ruine bis heute, ist Österreich Mitglied in der Atomlobbyorganisation IAEA und EURATOM und zahlt jährlich Millionen Euro für deren Atomprogramme. Statt folgerichtig aus IAEA und EURATOM auszutreten, wird herumlaviert. So auch im Falle des AKW Temelin oder bei all den anderen

grenznahen AKWs. Gegen die Atomlobby aktiv zu werden würde für Österreich heißen, aus IAEA und EURATOM austreten zu müssen. Das hat aber seit der Volksabstimmung 1978 keine Regierung in Angriff genommen. Im Gegenteil, mit dem Beitritt zur EU ist Österreich auch zur EURATOM beigetreten. Die unhaltbaren Verbalangriffe des Herrn Blaublütlers Schwarzenberg, der sich gerne von Österreichs Herrschenden hofieren lässt und von diesen hofiert wird, die er an die Adresse der Atomgegner gerichtet hat, haben eigentlich unsere Regierung als Adressaten. Ihre Politik, international die Atomlobby zu fördern, im Inland sich aber als „atomkritisch“ zu geben, also heuchlerisch aufzutreten, ermutigt solche Typen wie Schwarzenberg, österreichische Bürger so zu beschimpfen, weil er weiß, dass die Herrschenden im Wirklichkeit – auch in der Atomfrage – am gleichen Strang ziehen wie die offen atomtreiberische tschechische Regierung. Daher: Raus aus IAEA und EURATOM, das wird die internationale Atomlobby wirklich schwächen und auch die Bevölkerung in Tschechien, die vermehrt gegen die Atomkraft ist, ermutigen, ihren Kampf weiter zu führen. Denn Temelin kann nur in Tschechien verhindert werden. Die beste Solidarität ist die, selbst im eigenen Land der Atomlobby den Boden zu entziehen. Eben durch Austritt aus EURATOM und IAEA!

Die USA, der Staatsterrorist Nr.1, bedrohen den Frieden auf der ganzen Welt!

Vor vier Jahren hat die USA, damals unter den Vorwand, Saddam Hussein besitze Massenvernichtungswaffen und fördere den islamischen Terror, den Irak, das Land mit den drittgrößten Erdölvorräten der Welt, überfallen, mit einem Bombenkrieg verwüstet und besetzt. Hatten

schon davor die 10 Jahre US-Bombenkrieg und Sanktionen ca. 1 Million Irakern das Leben gekostet, so brachte der letzte US-Krieg gegen den Irak nochmals ca. 100.000 Menschen den Tod, dem Land Hunger, Elend und Verwüstung.

Seit den vier Jahren US-Besatzung geht es der irakischen Bevölkerung schlechter als je zuvor und weitere ca. 100.000 Menschen sind den Folgen der Besatzung bzw. den Kriegeshandlungen zum Opfer gefallen.

Heute bedrohen die US-Herrscher u. a. den Iran, das Land mit den zweitgrößten Erdölvorräten der Welt, mit Krieg. Unter dem Vorwand, für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte und gegen Diktaturen und Terrorismus einzutreten, sind die USA auf der ganzen Welt auf aggressivem Expansionskurs, ja Kriegskurs.

Am NATO Gipfel im Juni wurden der Kaukasus, Zentralasien, Nordafrika bzw. Westafrika und der Nahe Osten als Schwerpunkte der US-Interessen genannt. Die USA führen Krieg in Afghanistan und im Irak, sie weiten ihre Kriegsschauplätze auf Pakistan und Usbekistan aus,

das nun der wichtigste US-Verbündete in Zentralasien ist. Usbekistan erhält derzeit pro Jahr ca. 160 Millionen Dollar Finanzhilfe. Die USA bedrohen neben Iran auch Syrien mit Krieg. Ein neuer Schwerpunkt ihrer Interventionen ist nun Westafrika. Aus dieser Region werden die USA in ca. 10 Jahren rund 25 % ihres Erdölbedarfs beziehen, derzeit sind es schon 15 %.

Europa: Die USA wollen nun, an der Grenze zu Russland, in Tschechien und Polen vorgeschobene Raketenbasen in Betrieb nehmen. Angriffsziel ist Russland! Bush sagte in Prag, der „kalte Krieg“ ist vorbei. Ja das stimmt. Die Kriegsvorbereitungen der USA geraten längst in eine „heiße“ Phase.

Sie errichten gerade Militärstützpunkte in Rumänien und Bulgarien, um so näher zu ihren Angriffszielen im Nahen und Mittleren Osten zu sein.

Insgesamt liegt die Zahl der im Ausland stationierten US-Soldaten, ohne der Truppen im Irak und Afghanistan, bei über 250.000 Mann! Die Gesamtzahl der Stützpunkte außerhalb der USA, auf die diese jederzeit zurückgreifen können, liegt bei ca. 1.000.

Die USA entwickeln weiters langfristig angelegte Strategien der Destabilisierung und der Umstürze in Ländern mit ihnen nicht genehmen Regierungen!

Sie reformieren ihre Streitkräfte in Richtung von mobilen, schnellen, hochtechnisierten Eingreiftruppen, die rasch und leicht an jedem Ort der Welt Interventionskriege führen können, zur Etablierung bzw. Erhaltung der militärisch-politischen Macht der USA, im Interesse der langfristigen riesigen Profite der großen US-Konzerne.

Die USA brauchen als Vorwand zur Legitimierung dieser mörderischen Politik einen Feind. Zu diesem wird heute hauptsächlich der „Islam“ hochstilisiert. Jede Propaganda kommt da gerade recht....

Die US-Kriegspropaganda wird auch von den europäischen Regierungen unterstützt, die sich als Handlanger für die nächsten US-Kriege hergeben. Auch sie beteiligen sich an der psychologischen Kriegsführung.

Die US-Vorherrschaft in der Welt beruht erstens auf ihrer überwältigenden militärischen Überlegenheit und zweitens auf ihrer Kontrolle

über die Wirtschaftsströme der Welt durch die Bindung des Ölpreises an den Dollar und dessen Bedeutung als der Währungsreserve der Welt.

Die USA führen Kriege, besetzt Länder, errichtet Stützpunkte. All das kostet u.a. den US-Steuerzahler, viel Geld, bringt aber einer Handvoll von Konzernen Milliarden Gewinne. Der militärisch-industrielle Komplex, weiters die Konzerne im Ölfeldleistungssektor, im Infrastruktursektor und im Baubereich erhielten z. B. allein im Irak Aufträge in der Höhe von 100ten Milliarden Dollar, die Erdölkonzerne ExxonMobil, Shell und BP haben 2005 ihre höchsten Reingewinne – 36,25 bzw. 23 Milliarden Dollar – gemacht.

Im Jahr 2006 betrug das US-Militärbudget 528 Milliarden Dollar! Das sind 46 % der weltweiten Militärausgaben. Im Vergleich dazu hatte Russland, das ca. 20 % weniger Einwohner als die USA hat, 2006 nur 25 Milliarden Dollar Militärausgaben, während China, ein Land mit viel mehr Einwohnern als die USA, im Jahr 2006 nur 49 Milliarden Dollar an Militärausgaben hatte.

Die USA ist nun zunehmend in Bezug auf viele Wirtschaftsbereiche gegenüber der Konkurrenz in die Defensive geraten. **Nur durch den Einsatz ihrer riesigen militärischen Kräfte können sie noch ihre Vorherrschaft aufrechterhalten und ihre Profite ausbauen. Sie müssen auf Krieg setzen, um sich im Konkurrenzkampf noch zu behaupten.**

Die Regierung Bush hat schon erklärt hat, sie würde keinem Land der Welt erlauben, ihre Vorherrschaft auch nur in Frage zu stellen. Die USA haben schon rund um Russland ihre Waffensysteme stationiert, sie rüsten Indien gerade mit Atomwaffen auf, um China zu bedrohen.

Sie sind die größte Bedrohung für den Frieden auf der Welt!

Der **zweite Grund warum die USA auf Krieg setzen müssen**, warum sie den Krieg gegen den Irak brauchten und gegen den Iran wollen: **Die US Dollarbindung des Erdöls ist in Gefahr!**

Sadam Hussein beabsichtigte, kurz vor dem US-Überfall auf den Irak, sein Öl nicht, wie bis dahin überall auf der Welt üblich, gegen Dollar sondern gegen Euro zu verkaufen und wurde dabei auch von EU-Vertretern ermuntert. Der Iran will nun ebenfalls sein Erdöl in Euro statt in Dollar handeln und dazu eine zweite Ölborse eröffnen. Das hätte längerfristig verheerende Folgen für die US-Wirtschaft. Denn neben der überwältigenden militärischen Überlegenheit ist der **zweite Grund für die US-Vorherrschaft die Rolle des Dollars als Welt-Währungsreserve und diese ist nur durch die Bindung des Erdöls an den Dollar möglich.** Durch die Dollarbindung des Erdöls sind sämtliche Volkswirtschaften der Welt gezwungen, Dollarreserven anzusammeln.

Erdöl ist der häufigste und wichtigste Rohstoff für die Wirtschaft einer jeden Nation! Nicht zuletzt um die Dollarbindung des Öls aufrechtzuerhalten, haben die USA den Irak überfallen und bedrohen heute den Iran.

Russland kooperiert mit dem Iran im Ölgeschäft, China hat Anteile des größten Erdölfeldes des

Iran erworben, um sich auch etwas vom Petrodollar abzukoppeln.

Die Europäer, ebenso wie die Japaner und Chinesen müssten nicht länger Dollar einkaufen und bereithalten, um ihre Ölzahlungen zu gewährleisten. Der Euro als Währung für Öl würde diesem den Status einer Währungsreserve geben. Die großen EU-Staaten ebenso wie China und Japan haben enorme Dollarreserven, die sie in den USA in Staatsanleihen, Wertpapieren angelegt haben.

So schützen sich diese Länder vor der Inflation und dem Verfall des Erlöses ihrer Exporte.

Würden diese Länder nur einen Teil ihres Geldes abziehen und in Euro anlegen, würde das, laut Meinung vieler Experten, zu einem Wirtschaftskollaps in den USA führen, der Wert des Dollars würde ins Bodenlose fallen. Nur solange der Dollar die Reservewährung der Welt ist, 70% des gesamten Welthandels werden in Dollar abgewickelt, kann sich die USA auch ihr gigantisches Außenhandelsdefizit leisten. Allein das jetzige US- Handelsbilanzdefizit beträgt ca. 500 Milliarden Dollar und wird jedes Jahr mehr. Insgesamt betrug die Schuld der USA an ausländische Gläubiger schon 2005 die unfassbare Summe von ca. 6 Billionen Dollar (6.000 Milliarden Dollar).

Sollte ein bedeutender Teil der restlichen Welt den Dollar als Leitwährung kippen, hätte das also für die USA katastrophale Folgen. Das ist die „Bombe“, die die USA fürchtet.

Die USA üben auf Länder (Regierungen), die ihre Herrschaftspolitik stören, wirtschaftlichen bzw. politischen Druck aus. Auch Österreichs OMV, die gerade im Iran ein großes Geschäft mit der Erschließung eines riesigen Erdgasfeldes abschloss, wurde von der US-Administration, aufgefordert, das

Geschäft zu stornieren. Alle großen Erdöl – und Erdgaskonzerne, außer die US-amerikanischen, beuten im Iran Erdöl und Erdgas aus und lassen sich auch von den Profitherrn im Weißen Haus ihre Geschäfte nicht stören. Österreich, das, wie Außenministerin Plasnik richtig feststellte, nicht der 51. Bundesstaat der USA ist, wird sich, hoffentlich hier nicht vereinnahmen lassen.

Die EU macht, wie erwähnt, bei der US-Kriegspropaganda mit, so z. B. gegen Russland. Während Russlands autonome Politik in Sachen Erdgas gegenüber seinen Anrainerstaaten, von der EU als Erpressung angeprangert wird, während Merkel und Co die Menschenrechtsverletzungen in Russland anprangern, werden gleichzeitig Russlands Nachfolgestaaten auf Westkurs gebracht und werden „die riesigen Menschenrechtsverletzungen“, ja die Kriege, die die USA führen, von Seiten der EU nicht erwähnt. Die EU –Staaten und ihre Konzerne machen ja einerseits an der Seite der USA selbst Geschäfte, andererseits verfolgen sie ja mit der neuen EU-Militärunion einen neuen, eigenen Militärkurs!

Die neue EU-Militärunion baut gerade die offensive Euro-Armee auf, vorerst in Form der EU-Schlachtruppen, einer schnellen Eingreiftruppe.

Das ist die offensive Konkurrenz zur militärisch aggressiven USA im Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, geopolitischen Einfluss. Österreich soll, geht es nach unserer Regierung aber auch der Opposition, in der neuen Euro-Armee mitkämpfen. Dazu dienen ja u.a. die Kampfbomber Eurofighter! Das heißt weitere Erhöhung des Militärbudgets, noch mehr Sparen auf Kosten der Menschen und das heißt dass Österreichs Soldaten wieder auf fremde Schlachtfelder geschickt werden sollen. Österreichs Neutralität soll den Machtplänen der europäischen Konzernen und Militärs geopfert werden.

Nein zur EU- Kriegshetze! JA zur Neutralität!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken herzlich für die Zuschriften und Spenden. Im Jahr 2007 geht es darum, gegen die Abschaffung der Neutralität und gegen die Militarisierung der EU aufzutreten. Dazu sind wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache verstärkt auf Eure Mitarbeit und finanzielle Unterstützung angewiesen.

Mit kollegialen Grüßen

"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"

Neue Post-Anschrift und E-Mail-Adresse

Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien; ggae@gmx.at

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie. **Kontaktadresse:** Stiftgasse 8, 1070 Wien. **E-mail - NEU:** **ggae@gmx.at**

